

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Dr. med. Gottfried von  
Knoblauch zu Hatzbach  
(Foto: privat)

dass sich sogar das Deutsche Ärzteblatt in seinem jüngsten Editorial Gedanken über den neu entwickelten elektronischen Arztausweis der Landesärztekammer Hessen macht, ehrt uns sehr. Zeigt dies doch – kritischen

und zum Teil sachlich nicht zutreffenden Anmerkungen zum Trotz – dass unser hessisches Projekt auf erhebliches Interesse gestoßen ist. Ja, es stimmt: die Signaturkarte aus Hessen ist nicht mit der – noch gar nicht existenten – elektronischen Gesundheitskarte (eGK) kompatibel. Und sie soll es auch gar nicht sein, denn die eGK ist sowohl von der hessischen Delegiertenversammlung als auch vom Deutschen Ärztetag abgelehnt worden. Deshalb haben wir in Hessen eine Chipkarte konzipiert, die nicht den Anspruch erhebt, die große Lösung zu sein. Sie wird jedoch den Ansprüchen gerecht, die von der Ärzteschaft selbst formuliert wurden. Noch gibt es die große Lösung, den elektronischen Heilberufsausweis (HBA), nur ansatzweise. In Hessen halten wir nun aber eine kleine Lösung bereit, die unseren Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit einer einfachen, sicheren Kommunikation auf elektronischem Weg eröffnen soll.

Zunächst wird der neue hessische Arztausweis in einem Pilotprojekt getestet; anschließend werden wir die Ergebnisse bundesweit veröffentlichen und können uns vorstellen, damit wesentlich zu umfassenden Lösungen beizutragen. Auch eine andere „Außenseiter“-Initiative der Landesärztekammer Hessen, die als erste Kammer bundesweit den ePost-Brief einsetzt, zeigt, dass wir im Interesse der hessischen Ärztinnen und Ärzte auf zukunftsorientierte Technologien setzen.

### Ärzte als Sündenböcke

Das Wichtigste kommt in den Diskussionen über eine Reform der Gesundheitspolitik zu kurz: die Versorgung der Bevölkerung. Dabei sollte auch aus Sicht von Politik und Krankenkassen der Patient im Mittelpunkt stehen. An der Qualität seiner Behandlung lässt sich die Qualität eines Gesundheitswesens ablesen – und der Stellenwert, den eine Gesellschaft der hochwertigen Versorgung ihrer Kranken beimisst. Bei ihrem Amtsantritt hatte die schwarz-gelbe Regierungskoalition große Erwartungen geweckt. Das Vertrauen von Bürgern und Ärzten in die Gesundheitspolitik sollte erneuert und eine „faire“ Finanzierung der medizinischen Versorgung gesichert werden. Was ist nach einem Jahr aus diesen Ankündigungen geworden? Im Vordergrund stehen wirtschaftliche Fragen. Gesundheitsprämie ja, nein oder in anderer Verpackung – und falls nicht, wie stellt man es an, dass die leeren Kassen dennoch wieder klingeln?

Wieder einmal soll die Ärzteschaft als Sündenbock für die Finanznöte im Gesundheitssystem herhalten. Medienberichte über erhebliche Honorarsteigerungen und angebliche Durchschnittseinkommen, von denen die meisten niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen in Wahrheit nur träumen können, legen den Verdacht einer Kampagne nahe. Wie in der öffentlichen Diskussion mit einer ganzen Berufsgruppe umgegangen wird, ist weder dazu angetan, Kolleginnen und Kollegen neues Vertrauen in die Gesundheitspolitik einzuflößen. Noch trägt sie dazu bei, dem schwindenden Interesse des ärztlichen Nachwuchses am Arztberuf Einhalt zu gebieten. Im Gegenteil.

Kampagnencharakter hat auch die Berichterstattung – und die Kritik der Krankenkassen – über den Anstieg von Knie- und Hüftgelenksoperationen in Deutschland.

Was für die betroffenen Patienten Erlösung von starken Schmerzen und Wiederherstellung oder Erhaltung der Mobilität und allen damit verbundenen, die Gesamtgesundheit begünstigenden Folgen bedeutet und eigentlich eine positive Meldung wert wäre, wird als horrendes Geldausgabe kritisiert, die das System über Gebühr belastet. Während also einerseits von verschiedenen Seiten der Vorwurf über angeblich überflüssige ärztliche und medizinische Behandlungen laut wird, werden andererseits mit Budgetzwängen begründete Behandlungsverweigerungen beklagt. An Stelle von Pauschalbeschuldigungen, die nichts belegen, sondern nur eine Generalverunglimpfung bedeuten und dadurch das Vertrauen der Patienten in das Gesundheitssystem weiter schmälern – und dieses damit auch verteuern – erwarten wir als Landesärztekammer, dass uns belegbare Fälle benannt und mit uns besprochen werden. Das entspricht einem modernen Fehlermanagement und der Forderung nach einem Qualitätsmanagement.

### Patienten sind keine Kunden

Als Ärztinnen und Ärzte stehen wir immer auf der Seite der Patienten. Grundsätzlich gilt ja für alle Ärztinnen und Ärzte das Gebot der Ökonomie; dieses darf sich aber nicht nur auf eine Richtung beziehen. Ärztliches Tun richtet sich in erster Linie nach den Beschwerden des Patienten – sie bestimmen unser Handeln. Ablehnung notwendiger, unverzichtbarer Behandlung leidender Menschen mit der Begründung ökonomischer Zwänge ist unärztlich und wird sich gegen die Ärzteschaft allgemein auswirken und auch berechnete ärztliche Forderungen unwirksam machen.

### Runder Tisch Weiterbildung

Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Behandlung durch Allgemeinärzte

und andere Fachärzte ist eine hochwertige Weiterbildung. Auch aufgrund des ärztlichen Nachwuchsmangels fordert die Landesärztekammer verbesserte Bedingungen in der Weiterbildung. Deshalb laden wir alle an der Weiterbildung Beteiligten in Hessen am 1. September zu einem Runden Tisch Weiterbildung ein. Zentrale Botschaft ist, dass die Kammer junge Kolleginnen und Kollegen fördern und für den Arztberuf begeistern will. Aber damit ist es nicht getan. Wir wollen Weiterzubildende unterstützen und deutlich machen, wie gute Strukturen in der Weiterbildung aussehen müssen. Auch muss festgelegt werden, wie die ambulante und stationäre Weiterbildung in Hessen sichergestellt werden kann. Weiterbildungsverbände zwischen stationären und ambulanten Weiterbildungsstätten sind ein dafür geeigneter

Weg. Dieses Vorhaben möchten wir in Hessen verwirklichen.

Die Kammer sieht sich bei dem Runden Tisch als Moderatorin, übernimmt aber auch mit eigenen Vorschlägen Verantwortung. Ihr kommt als verantwortliche Körperschaft die Aufgabe der Koordination zu. Unter anderem sollen – als grundlegender Gedanke einer Weiterbildung im Verbund – sowohl innerhalb der Kammer als auch an den Weiterbildungsstätten Weiterbildungsbeauftragte institutionalisiert werden.

### Verabschiedung von Dr. Michael Popović

Zum 31. August 2010 tritt unser langjähriger Hauptgeschäftsführer, Dr. med. Michael Popović, in den verdienten Ruhestand. Über ein Viertel Jahrhundert lang

hat er das Erscheinungsbild der Landesärztekammer Hessen in Vielem geprägt. Nach Öffnung des Ostblocks und Verschwinden des so genannten Eisernen Vorhangs hat Dr. Popović außerdem zum Aufbau von Strukturen ärztlicher Selbstverwaltung im Osten beigetragen. Für sein außerordentliches Engagement gebührt ihm der Dank der hessischen Ärzteschaft verbunden mit den besten Wünschen für eine zufriedene Gestaltung des nächsten Lebensabschnittes.

Ihr



Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach  
Präsident

## Schüler-Mentoren-Projekt der Frankfurter AIDS-Aufklärung e.V.

Die Frankfurter AIDS-Aufklärung e.V. bietet Schülern die Ausbildung zu Mentoren für die Themen HIV/AIDS. Von September 2010 bis September 2011 soll eine Gruppe von 15 bis 20 Schülern der 8. Jahrgangsstufe von Frankfurter Gymnasien, Real-, Gesamt- und Hauptschulen intensiv geschult werden. Veranstaltungsort ist eine Frankfurter Schule. Ab September 2011 sollen die frischgebackenen Mentoren dann an ihren jeweiligen Schulen als Ansprechpartner für HIV/AIDS, aber auch zu Themen wie Eigenverantwortung, Selbstbewusstsein und Sexualität zur Verfügung stehen.

Interessierte Schulen können sich noch bis zum 31. August 2010 anmelden. Die Schüler verpflichten sich, während der Mentoren-Ausbildung an der 1 1/2-stündigen Schulung pro Monat teilzunehmen. Zu den Themenschwerpunkten zählen Basisinformationen zu HIV/AIDS, Gespräche mit HIV-Betroffenen, Diskriminierung von HIV-positiven Menschen, Stärkung von Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung – einschließlich der Fähigkeit, „Nein“ zu sagen. Organisation, Durchführung und Betreuung dieser Schulungen liegen bei der AIDS-AUFKLÄRUNG e.V., Frankfurt. Zum Abschluss des Projekts erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat.

Kontakt und weitere Informationen:  
AIDS-AUFKLÄRUNG e.V.  
Große Seestraße 31, 60486 Frankfurt  
info@aids-aufklärung.de  
Fon: 069 762933